



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.03.2022
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz
Zeit: 17:04 Uhr bis 18:23 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Annett Fritzsche	Sozialplanerin
Michael Gerstner	Bildungsmanager
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Wend wies auf die einzelnen Änderungen in der Geschäftsordnung hin.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.02.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. FaktenCheck BILDUNG 2021
 - 7.2. Vorstellung Projekt "(Neu-)Ordnungen von Bildungslandschaften reflexiv gestalten. Zur

riskanten gesellschaftlichen und schulischen Teilhabe von Kindern in peripheren Sozialräumen." (NeOBi)

- 7.3. Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

Nicht öffentlicher Teil:

- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.02.2022
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.02.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 03.02.2022, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktion und Stadträten vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **FaktenCheck BILDUNG 2021**

Frau Fritzsche informierte anhand einer Präsentation über den Faktencheck Bildung.

Anmerkung: Die Präsentation, zum aktuellen FaktenCheck Bildung und der Feedbackbogen (für Rückmeldungen zum FaktenCheck) sind im Session hinterlegt.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Information zum Faktencheck Bildung.

Frau Franke regte an, dass die Anzahl der Kinder mit Frühförderbedarfen in den Kindertagesstätten und die Anzahl von beschulten Kindern mit Migrationshintergrund im FaktenCheck Bildung aufgenommen werden.

Frau Haupt bezog sich auf die Kriterien hinsichtlich einer Aufnahme von Kennzahlen in den FaktenCheck Bildung. Sie fragte, ob fortlaufend Anregungen mit aufgenommen werden können. Sie regte an, den LINK zum FaktenCheck Bildung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) zur Verfügung zu stellen. Das wäre durchaus bürgerfreundlicher.

Frau Fritzsche teilte mit, dass die Verwaltung das Thema „Kinder mit Frühförderbedarfen in den Kindertagesstätten“ zunächst intern diskutiert. Hierbei muss auch die Ermittlung von entsprechenden Daten geprüft werden. Sie sagte, dass der Sachverhalt zur Anzahl von beschulten Kindern mit Migrationshintergrund als Anregung aufgenommen wird.

Frau Fritzsche bezog sich auf die Anfrage von Frau Haupt. Sie sagte, dass jederzeit Anregungen eingebracht werden können. Es wird anschließend geprüft, inwiefern es in den FaktenCheck Bildung passt und ob Daten verfügbar sind.

Frau Fritzsche wies darauf hin, dass der FaktenCheck Bildung nach der Vorstellung in der Stadtratssitzung am 30.03.2022 auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) veröffentlicht wird.

Frau Franke wies darauf hin, dass die erforderlichen Daten zum Thema „Kinder mit Frühförderbedarfen in den Kindertagesstätten“ bei der Sozialagentur Sachsen-Anhalt vorhanden sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2 **Vorstellung Projekt "(Neu-)Ordnungen von Bildungslandschaften reflexiv gestalten. Zur riskanten gesellschaftlichen und schulischen Teilhabe von Kindern in peripheren Sozialräumen." (NeOBi)**

Herr Gerstner stellte das Projekt "(Neu-)Ordnungen von Bildungslandschaften reflexiv gestalten. Zur riskanten gesellschaftlichen und schulischen Teilhabe von Kindern in peripheren Sozialräumen." (NeOBi) vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Gellert erwähnte, dass wenige Vertreter von Kindertagesstätten in diesem Projekt ersichtlich sind. Sie bat um Erklärung. Weiterhin erwähnte sie, dass die Gesundheitsämter die Einschuluntersuchungen übernehmen. Sie regte an, diesen Sachverhalt auch mitaufzunehmen. Zudem hält sie das Thema „Frühförderung“ in diesem Projekt für wichtig.

Herr Gerstner antwortete, dass ein Vertreter aus dem Kitabereich im Projekt miteingebunden ist. Frau Prof. Hühnersdorf aus dem Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik ist mit dem Bereich frühkindliche Bildung involviert. Sie arbeitet mit den Kitas und den Horten sehr intensiv zusammen.

Herr Dr. Wend, nahm Bezug auf das erwähnte Fallmanagement. Er fragte, ob Kinder dementsprechend aufgesucht werden und somit deren Bildungsweg zu verfolgen. Des Weiteren fragte er, wie diese individuellen Daten und Erfahrungen bzw. Abläufe ermittelt werden.

Herr Gerstner sagte, dass hinsichtlich des Teilprojekts 1 erste Gespräche mit Eltern stattfanden. Diese gaben bereits ihre Einwilligung, sodass eine gewisse Anzahl von Kindern von der Vorschule bis zum Übergang in die fünfte Klasse dieses Projekt begleiten können.

Er teilte mit, dass es in den Falllaboren nicht um einzelne Kinder geht, sondern eher um abstrahierte Fragestellungen, die sich u. a. aus der Begleitung der Kinder ergeben können.

Herr Dr. Wend fragte, ob hinsichtlich des Verfahrens die Möglichkeit eines Zwischenberichtes besteht.

Herr Gerstner wies darauf hin, dass dies geplant ist, jedoch noch kein genauer Zeitpunkt genannt werden kann. Möglicherweise wäre ein Zwischenbericht in Verbindung zur Berichterstattung des Bildungskonzepts denkbar.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Vorstellung zum Projekt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.3 Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020

Die Mitteilung zur Umsetzung sonstigen Projektförderung im Jahre 2020 wurde zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Gellert zur Klausurtagung

Frau Gellert erkundigte sich nach dem Termin der Klausurtagung.

Herr Frolow teilte mit, dass die Klausurtagung am 22.04.2022 ab 09:00 Uhr in der Konzerthalle Ulrichskirche stattfinden wird. Es erfolgt eine separate Einladung per E-Mail an die Ausschussmitglieder.

zu 8.2 Frau Gellert zu Corona-Verordnungen

Frau Gellert bemängelte, dass die neuen Corona-Verordnungen vom Sozialministerium meistens Freitagnachmittag die Einrichtungen erreichen. Diese müssen dann, auf den darauffolgenden Montag umgesetzt werden. Sie warb dafür, dass sich die Stadt Halle (Saale) dafür einsetzt, dass diese Verordnungen frühzeitiger die Einrichtungen erreichen könnten.

Herr Frolow stimmte der Ausführung von Frau Gellert zu. Er wies darauf hin, dass auch die Verwaltung Schwierigkeiten hat, solche kurzfristigen Informationen bzw. Reaktionen am Freitagnachmittag noch umzusetzen. **Herr Frolow** sagte, dass der Zustand bereits mehrfach von der Verwaltung angemahnt wurde. Er hofft, dass sich die Situation zukünftig bessern wird.

zu 8.3 Frau Gellert zum Kinderschutz

Frau Gellert bezog sich auf das Thema „Zunahme von Suizidversuchen bei Kindern und Jugendlichen“. Sie wies darauf hin, dass hierbei keine Vernetzung zwischen den Kliniken, dem ASD, den Familien und Therapeuten vorhanden ist.

Herr Frolow nahm den Hinweis auf und sagte, dass er diesen verwaltungsintern prüfen wird.

zu 8.4 Frau Gellert zur Personalsituation beim ASD

Frau Gellert bemerkte, dass der ASD unter akuten Personalmangel leidet. Dabei kann es eventuell zu einer Ansammlung von Anfragen kommen. Sie fragte, ob es für akute Fälle möglicherweise Handlungspersonen gibt.

Herr Frolow bestätigte den Personalmangel beim ASD durch Krankheit, Pandemie und Quarantänebestimmungen. Er wies darauf hin, dass aktuell alle Teams des ASD besetzt und erreichbar sind. Der Bereitschaftsdienst ist ebenfalls abgesichert.

zu 8.5 Frau Gellert zur Arbeitszeitregelung im Tarifvertrag

Frau Gellert bezog sich auf die neuen Tarifverträge, wo geregelt ist, dass eine Vollbeschäftigung derzeit mit 39,5 Stunden und im Jahr 2023 mit 39 Stunden berechnet wird. Dazu gibt es noch den Tarifvertrag BUND. Sie sagte, dass es hierbei zur Verwirrung kommt, wie mit diesem Sachverhalt umzugehen ist. Hierbei wäre ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch hilfreich.

Herr Frolow bestätigte, dass unterschiedliche Handlungsbedarfe bei den Tarifverträgen bestehen. Es sollen zukünftig Anpassungen erfolgen. Er teilte mit, dass dieser Sachverhalt aber bei den LQE- Vereinbarungen Berücksichtigung findet.

zu 8.6 Frau Gellert zu Weiterbildungsmaßnahmen

Frau Gellert bezog sich auf eine mögliche gemeinsame Weiterbildung hinsichtlich des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz mit dem Fachbereich Bildung und den freien Trägern. Sie fragte, ob eine Weiterbildung stattfinden kann.

Herr Frolow sagte eine Prüfung zum Sachverhalt zu.

zu 8.7 Frau Haupt zur aktuellen Flüchtlingssituation

Frau Haupt erkundigte sich zur aktuellen Flüchtlingssituation bezüglich des Russland-Ukraine Konflikts.

Frau Brederlow bestätigte, dass die ersten Flüchtlinge bereits eingetroffen sind. Diese werden vorübergehend in Turnhallen untergebracht. Sie wies darauf hin, dass die Träger der Jugendhilfe demnächst für Beratungsangebote und kurzfristige Betreuung von Kindern, um Unterstützung gebeten werden.

Frau Schneutzer ergänzte, dass das Dienstleistungszentrum für Migration und Integration nicht allein für die Unterbringung verantwortlich ist. Es gibt hierbei eine sehr gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Sie teilte mit, dass die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge geplant ist und ohne größere Hindernisse vollzogen wird. Es bestehen Fragen zu Meldevorgehen bzw. Aufenthaltsstatus bei den Flüchtlingen. **Frau Schneutzer** wies darauf hin, dass ab nächste Woche eine zentrale Stelle am Kulturtreff geschaffen wird, wo sich die ukrainischen Familien registrieren lassen können. Dort werden dementsprechend alle verantwortlichen Behörden zur Unterstützung vor Ort sein.

Sie betonte, dass Unterkünfte für die alle Flüchtlinge bereitgestellt werden und keiner im Freien übernachten muss.

Frau Brederlow teilte mit, dass die EU einer Entscheidung zur Flüchtlingsaufnahme getroffen hat. Es sind aber aktuell noch keine Details veröffentlicht.

zu 8.8 Herr Dr. Wend zur Schulsozialarbeit

Herr Dr Wend bezog sich auf das Thema zur Schulsozialarbeit. Er sagte, dass die SPD Landtagsfraktion in ihrer Klausurtagung beschlossen hat, dass die 20% Eigenanteil vom Land Sachsen-Anhalt übernommen wird. **Herr Dr. Wend** erwähnte den Änderungsantrag seiner Fraktion zum Thema Schulsozialarbeit. Er fragte, was passiert, wenn 50 Stellen mit 20% Eigenanteil durch die Kommunen umzusetzen sind. Diesbezüglich fragte er, wenn ein Signal vom Land Sachsen-Anhalt kommen sollte, dass die Förderung abgeschlossen ist, wie würde dann der weitere Verlauf der Schulsozialarbeit hinsichtlich der festgelegten Priorisierung aussehen.

Herr Dr. Wend bezog sich auf den Punkt 5 im Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale). Dort wird

erwähnt, dass man Sonderbedarfe anmelden kann. Er fragte, ob demzufolge die Stadtverwaltung die Träger darüber informieren wird.

Herr Frolow erwähnte zum Sachverhalt Änderungsantrag, dass alle Träger generell über alle Fördermöglichkeiten informiert werden.

Er wies darauf hin, das 20% Eigenbeteiligung der Kommune und 40% im Rahmen der Netzwerkstelle umzusetzen sind. Diese 40% der Netzwerkstelle werden sich verändern und einen späteren kommunalen Eigenanteil bedeuten. Er bemerkte, dass somit ca. 375.000,- Euro für die Schulsozialarbeit entnommen werden. Diese werden gebunden und sind im Rahmen der kommunal geförderten Schulsozialarbeit nicht mehr einsetzbar. D.h. es würden 10,8 kommunal geförderte Vollzeitstellen wegfallen. Er bemerkte, dass aktuell Anträge für Sonderbedarfe erst einmal beim Land Sachsen-Anhalt eingehen müssen, um bewertet zu werden. Die dazugehörigen Ergebnisse müssen von der Verwaltung abgewartet werden.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass sich die Stadt Halle (Saale) einer angespannten Haushaltslage befindet. Er sagte, dass bei einer gesamten Förderung 73 Stellen vorliegen würden. Er wies darauf hin, dass hierbei eine freiwillige Leistung vorliegt. **Herr Dr. Wend** fragte, ob das Landesverwaltungsamt hinsichtlich der Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) die gesamte Förderung unterbinden könnte.

Herr Frolow wies darauf hin, dass es im Bereich der Jugendhilfe keine freiwillige Leistung ist. Die Jugendhilfeträger definieren ein Bedarf. Er sagte, dass die Rechtsprechung so ist, dass die Haushaltsmittel in einem gewissen Rahmen zur Verfügung stehen, damit der Bedarf dann auch gedenkt werden kann.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer